

TTIP + CETA

Kritik am geplanten Freihandelsabkommen zwischen EU und USA

Dr. Axel Troost

Markkleeberg, Samstag 13. August 2016

www.axel-troost.de

TTIP – Worum geht es?

Ziele:

Förderung des transatlantischen Handels durch

- Senken von Zöllen und Abbau weiterer Handelshemmnisse für erleichterten Marktzugang für ausländische Firmen
- Schutz von Investoren vor nachteiligen Gesetzesänderungen

Versprechen:

Intensivierung der Handelsbeziehungen soll

- Wachstumsimpulse erzeugen für zusätzliche Arbeitsplätze
- das Realeinkommen steigern (niedrigere Preise für Konsumenten)

Befürchtungen und Kritik:

**Intransparenz – Senkung von Standards – Klageflut –
Aushöhlung von Demokratie und Rechtsstaat**



Hintergrund: Freihandels-Dogma

Ideologie des Freihandels ist 250 Jahre alt (David Ricardo)

- Freihandel vermehre den Wohlstand aller
- Bei Öffnung der Grenzen für den internationalen Handel steige das Volkseinkommen aller beteiligten Länder
- Jedes Land profitiere (auch wenn es insgesamt nur teurer produzieren könne), wenn es sich auf Produktion und Export jener Güter spezialisiert, die es zu relativ niedrigen Kosten herstellen kann.

Erfahrungen:

- Industrieländer selbst entwickelten ihre Industrie nur durch Abschottung ihrer Märkte („Protektionismus“), nicht durch Freihandel
- Nordamerikanisches Freihandelsabkommen (NAFTA, 1994): Sinkende Löhne in USA und Kanada
- Freihandelsabkommen Südkorea-USA (KORUS-FTA, 2011): Verlust von 40.000 Arbeitsplätzen in einem Jahr

3

Anläufe zur Handels-Liberalisierung

1997/98: Multilaterales Investitionsabkommen (MAI)

- „Masterplan für neoliberalen Freihandel“
- weitgehende Klagerechte für Konzerne vorgesehen
- scheiterte am öffentlichem Druck

2001: Multilaterale Verhandlungen der WTO

- Start der sog. Doha-Runde
- Streitpunkte: Agrarsektor, Investitionen, Wettbewerbspolitik, öffentliches Beschaffungswesen, Handelserleichterungen
- Verhandlungen liegen seit Jahren auf Eis



4

Anläufe zur Handels-Liberalisierung

Aktuell:

- neue Welle der Deregulierung und Liberalisierung
- nun vermehrt Abkommen zwischen jeweils zwei („bilateral“) Ländern bzw. Handelsräumen, weil leichter durchsetzbar als größere Abkommen („multilateral“)

Verhandlungen:

- Transatlantic Trade and Investment Partnership (**TTIP**) zwischen EU und USA
- Comprehensive Economic and Trade Agreement (**CETA**) zwischen EU und Kanada
- Trade in Services Agreement (**TISA**) zwischen EU, USA und 21 weiteren Ländern
- Transpazifische Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership - **TPP**) zwischen 12 Ländern USA, Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam.
- „im Windschatten“ kleinere Verträge (u.a. EU-Singapur und EU-Vietnam)

Offizieller Zeitplan

- Juni 2013: EU-Regierungen geben **Mandat** (Beauftragung) zu TTIP-Verhandlungen – Wortlaut bleibt jedoch geheim
- September 2014: Das Verhandlungs-Mandat wird auf öffentlichen Druck hin veröffentlicht
- bisher **12 Verhandlungsrunden** abgeschlossen (Rahmen ist abgesteckt; Detailverhandlungen laufen)
- geplant für Ende 2016: offizieller **Abschluss** der Verhandlungen → allerdings nicht mehr einhaltbar, teilweise unklar ob noch vor US-Präsidentschaftswahlen Ende 2016
- geplant für 2017: **Ratifizierungsverfahren** (also offizielle Vertragsunterzeichnung). Weiterhin unklar durch **welche Institutionen**, ob nur durch Europa-Parlament oder auch durch die nationale Parlamente
- geplant für 2019: Ende des Ratifizierungsverfahrens und vollständiges **Inkrafttreten von TTIP**

Was sind die Kritikpunkte?

1. Verhandlungsauftrag und -prozess sind intransparent und undemokratisch
2. Drohende Absenkungen von Verbraucher- und Umweltschutz sowie Arbeitnehmerrechten
3. Neoliberale Medizin wirkungslos: euphorische Wachstums- und Beschäftigungs-Prognosen fragwürdig bis widerlegt
4. Angriff auf die Demokratie: Klagerechte von Konzernen bei Profitschmälerung durch Gesetzesänderungen („Investitionsschutz“) zementiert heutige Gesetzeslage

7

Transparenz à la EU-Kommission

- **Geheimverhandlungen** hinter verschlossenen Türen
- **Verhandlungsmacht alleine bei EU-Kommission** – keine Entscheidungsrechte für EU-Parlament und Mitgliedstaaten
- **Freier Zugang zu Verhandlungsdokumenten** nur für 139 Personen der Regierung und Ministerien - aber für die 631 demokratisch gewählten deutschen Bundestagsabgeordneten gab es nach Anmeldung für 1 Stunde Gelegenheit, die Unterlagen in einem separaten Leseraum im BMWi einzusehen.
- **Vertragstext Mai 2016 „geleakt“ von Greenpeace** - inhaltliche Befürchtungen wurden bestätigt, US-Seite kompromisslos bezüglich jeglicher Bedenken auf EU-Seite



8

Welche Bereiche sind betroffen?

Auf beiden Seiten des Atlantiks droht in vielen Bereichen die Absenkung eigener Standards bzw. die gegenseitige **Anerkennung des jeweils schwächerer Standards**:

- Öffentliche Dienstleistungen, Bildung, Kultur
- Öffentliche Beschaffung
- Klimaschutz, Energiepolitik
- Immaterialgüter-Rechte (Patente)
- Landwirtschaft (Gentechnik, Pestizide, Fleischerzeugung/Tierschutz)
- Arbeitnehmerrechte
- Chemikalienpolitik
- Finanzdienstleistungen
- Datenschutz
- Entwicklungspolitik?
- ...



Wachstums- und Beschäftigungs-Prognosen fragwürdig bis widerlegt

- Exporte nach USA untergeordnete Rolle für Deutschland und EU
- Selbst Befürworter berufen sich auf von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Studie des Centre for Economic Policy Research (CEPR), die ein Mini-Wachstum zwischen 0,27 bis 0,48% bis 2027(!) prognostiziert
- Zudem Kritik an unrealistischen Annahmen und unwissenschaftlicher Argumentation. (z.B. Jagdish Bhagwati, Columbia University; oder Sabine Stephan in Studie für Friedrich-Ebert-Stiftung)

→ Versprechen auf Wachstum und Beschäftigung völlig unglaubwürdig

Regulatorische Kooperation bei TTIP

- De facto zielt die regulatorische Kooperation auf eine weitreichende politische Selbstentmachtung der Parlamente zugunsten von Konzernen und Banken.
- Deren Einfluss, beispielsweise in Bereichen wie Verbraucherschutz, Umweltschutz, Arbeitsstandards oder Finanzmarktregulierung, würde stark erweitert werden.
- Gesetzesvorhaben würden einem demokratisch nicht legitimierten transatlantischen „Regulierungsrat“ vorgelegt, bevor sie überhaupt in die nationalen Parlamente gelangen.
- Eingerichtet werden sollen ein Frühwarnsystem, Folgeabschätzungsberichte, Stakeholder-Konsultationen und ein **gemeinsamer Regulierungsrat** der USA und der EU.
→ **Die Interessen von Konzernen und Banken sollen systematisch über jene der Bevölkerung gestellt werden.**

11

Investitionsschutz: Demokratie und Rechtsstaat werden ausgehebelt

Investoren können bei Gesetzesänderungen wegen entgangener Gewinne vor Schiedsgerichten klagen:

- Nationaler Rechtsweg kann umgangen werden
- Entscheidung hinter verschlossenen Türen
- Interessenskonflikte: Richter dürfen vor und nach Amtszeit als Anwälte die Unternehmens-Interessen vertreten
- Schiedsspruch verbindlich, keine Berufung möglich
- Benachteiligung inländischer Unternehmen (ihnen bleibt nur der herkömmliche, nationale Klageweg)
- Hochkomplexe und teure Prozesse nur für Großkonzerne attraktiv, kleine Unternehmen und Kommunen können sich schlecht wehren

12

Beispiele für Schiedsverfahren

- **Zigaretten:** Philipp Morris klagt gegen Uruguay und Australien wegen Warnhinweisen auf Zigarettschachteln
- **Daseinsversorgung:** Argentinien verhängt nach Wirtschaftskrise 2001/2002 Preis-Obergrenzen für Strom, Gas und Wasser - ausländische Konzerne klagen
- **Kohlekraftwerke:** Höhere Umweltauflagen für Kraftwerk Hamburg-Moorburg nach Wahl von Rot/Grün, Vattenfall-Klage auf 1,4 Mrd. Euro – 2010 der Vergleich: Hamburg muss einlenken und Auflagen absenken
- **Atomausstieg:** Vattenfall verklagt Deutschland 2009 auf 4,6 Mrd. Euro Schadenersatz wegen entgehender Gewinne verkürzter Restlaufzeiten (Krümmel und Brunsbüttel)
- **Und das könnte erst der Anfang gewesen sein!**

Druck auf Schiedsgerichte folgenlos

Öffentlicher Druck gegen geheime und privat besetzte Schiedsgerichte ohne Revisionsmöglichkeit steigt:

- EU-Kommission schlägt besondere Auswahlkriterien und Berufungsmechanismus für Schiedsgerichte vor
- EU-Außenkommissarin Malmströms Vorschlag „Investment Court System“ (weitgehend ISDS-Schiedsgerichte in neuem Gewand)
- Wirtschaftsminister Gabriel bringt „**öffentlichen Handelsgerichtshof**“ als Alternative in Spiel

Vorschläge jedoch folgenlos:

- weiterhin würde ein paralleles Rechtssystem entstehen, maßgeschneidert nach Konzerninteressen
- EU hält an CETA-Verhandlungsergebnissen fest, und für TTIP wollen EU wie USA keine Änderungen mehr akzeptieren
- **Daher: TTIP ist nicht reformierbar, sondern nur ablehnbar !**

Gleiches Spiel bei CETA (mit Kanada)

Verhandlungen zu CETA (Freihandelsabkommen EU-Kanada) schon abgeschlossen. Vertragstext liegt vor, gleiche Stoßrichtung wie TTIP mit USA:

- **Butterweich bei Arbeitsschutznormen und Umweltstandards:** Hier werden nur „Bemühungen“ versprochen, ohne Sanktionen bei Verstößen, zudem wichtige Bereiche (Energie, Mobilität) gleich ganz ausgeklammert
- **Großzügig pauschal** bei
 - **Liberalisierungsverpflichtung:** für alle Dienstleistungssektoren, die nicht explizit und namentlich ausgeklammert werden („*Negativliste*“)
 - **Privilegierung von Investoren:**
 - Schwammige Definitionen öffnen Klagemöglichkeiten („*faire und gerechte Behandlung*“, *Schutz ihrer „legitimen Erwartungen*“, etc.)
 - parallelen Sonderklagerechte für ausländische Konzerne (hier statt „*privater Schiedsgerichte*“ nun „*öffentlicher Investitionsgerichtshof*“ geplant)
 - Unabhängigkeit der Richter nach wie vor unklar und nicht gewährleistet
 - **Einschränkung staatlicher Souveränität:** Nur noch „*legitime staatliche Regelungen*“ falls „*legitime Politikziele*“ verfolgt werden (bei Auflistung dieser fehlen u.a. Arbeitnehmerrechte)

15

Gleiches Spiel bei CETA (mit Kanada)

EU-Rat und EU-Parlament entscheiden („Ratifizierung“) im Frühjahr 2017.

Nur dank öffentlichem Protest sollen **danach auch die nationalen Parlamente** gefragt werden. Aber:

- das kann Jahre dauern, **Vertrag gilt schon vorläufig** und schafft Fakten
- **Rücknahme schwierig bzw. unwahrscheinlich** nach Jahren faktischer Gültigkeit, selbst bei späterer Ablehnung durch z.B. Bundestag oder Bundesrat
- **anschließend Veränderungen** und Konkretisierung von Teilen des Vertrags möglich ohne demokratische Kontrolle (Konzept der „*Regulatorische Kooperation*“)
- **Kündigung von Vertrag** für ein Land nur möglich
 - mit 20 Jahren Übergangsfrist und
 - bei gleichzeitigem Austritt aus der EU(!)

Daher: Auch CETA ist aus gleichen inhaltlichen Bedenken abzulehnen. Zudem würden nach Einführung des EU-Kanadischen CETA auch die USA auf TTIP pochen!

16

Fazit: Wir lehnen TTIP und CETA ab !

- **Intransparente und undemokratische Verhandlungen**
- **Absenkung von Umwelt- und Verbraucherschutzstandards**
- **Ausbleibendes Wachstum oder Arbeitsplätze**
- **Stärkung von Konzernen gegenüber demokratischen Regierungen und Einschränkung von Gesetzgebung**